

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

3.1.1928 (No. 2)

Abicht bestand, einen großen interislamitischen Religionskongress einzuberufen, der sich mit der Gesamtfrage befassen sollte. Nach einigen Monaten schien jedoch die Hauptfrage überwunden, und in der Eröffnungsitzung der Nationalversammlung konnte der Präsident der türkischen Republik seine Genehmigung über die politische Entwicklung der jüngsten Zeit mit den Worten zum Ausdruck bringen: „Die türkische Nation hat mit großer Befriedigung die Befreiung der Gemütskräfte wahrgenommen, welche die Türkei seit Jahrhunderten von den Nationen zurückgehalten haben, die beständig auf der Bahn des Fortschritts voranschreiten. Diese Errungenschaften, auf dem republikanischen Wege, werden von uns energisch verteidigt werden.“

Indessen meldeten sich bald darauf nicht geringe innerpolitische Gefahren. Schon bei der Beratung der Verfassungsvorlage machte sich aus der von Mustafa Kemal begründeten Volkspartei heraus eine starke Opposition geltend, die anlässlich der Ablehnung des Rechtes der Parlamentsauflösung durch den Staatspräsidenten eine führende Rolle spielte. So mußte der Artikel 25 der türkischen Verfassung dahin geändert werden, daß nicht der Präsident der Republik wie in anderen Ländern, sondern ausschließlich die Nationalversammlung selbst mit absoluter Mehrheit die Auflösung des Parlamentes beschließen kann. Die Angst vor der Diktatur Kemals ging bei den Abgeordneten soweit, daß ein Veto-Recht des Staatspräsidenten gegen die Beschlüsse der gesetzgebenden Körperschaften in der Verfassung nicht festgelegt werden durfte. In diesem Zusammenhang gehört auch die Frage des Oberkommandos über die Armee, das nach Beschluß des Abgeordnetenhauses im Frieden dem Generalstabschef und im Kriege einem vom Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Kabinetts ernannten Offizier zu übertragen ist. Während der langen Parlamentsdebatte vermied man es gewissenhaft, den Namen des kühnen Strategen Mustafa Kemal auch nur zu nennen, um ja nicht an der Alleinherrschaft, die diese überragende Persönlichkeit durch ihre Partei ausübte, zu rühren. Unzufriedene Elemente, die der Autokratie Kemals mißtrauten, traten aus der Volkspartei aus und schlossen sich in der Opposition, der „Republikanischen Fortschrittspartei“ zusammen. In der Nationalversammlung war diese Gruppe ursprünglich mit 50 Deputierten vertreten, deren Führer Nazim Karabekir war.

Die Grundlinien der Oppositionspolitik laufen in der Richtung der Einschränkung der Machtbefugnisse des türkischen Staatspräsidenten, der Erweiterung der Provinzverwaltungen, des Kampfes gegen die Verपालungscentralisation in der Hauptstadt, der Senkung der Zölle und des wirtschaftlich-sozialen Ausgleichs zwischen Unternehmern und Arbeitern. Während des Kurdenaufstandes, vor zwei Jahren, kam die „Fortschrittliche Volkspartei“ zur Auflösung, sie betätigte sich alsdann zu ihrem Verhängnis in anarcho-syndicalistischem Sinne und verhalf dadurch dem Präsidenten Kemal Pascha zur unangefochtenen Stellung im Staate. Die gegen sein Leben angezettelte Verschwörung, an der sich der frühere Minister Kara Kemal, der Oberst Abdul Kadir, ehemaliger Gouverneur von Angora, und der Abgeordnete Schikri Bey beteiligten, machte aus ihm einen verehrungswürdigen Nationalhelden, und die öffentliche Meinung des Landes ertrug es, daß von den 15 Hauptkern des durch einen Kraftwagenführer aufgedeckten Verschwörerkomplottes 13 hingerichtet wurden an derselben Stelle, wo eine Bombe dem Leben Mustafa Kemals hätte ein Ende bereiten sollen.

Steigende Selbstmordziffern

Eine auffällige Erscheinung, auf die die amtliche Statistik die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit lenkt, ist das Ansteigen der Selbstmordziffern. Die Zahl der Selbstmorde ist in Deutschland von 18 228 im Jahre 1923 auf 14 352 im Jahre 1924 und 15 273 im Jahre 1925 gestiegen. Während im Jahre 1923 auf je 100 000 Einwohner nur 21,4 Selbstmorde entfielen, kamen im Jahre 1925 schon 25 Selbstmorde auf die gleiche Einwohnerzahl.

Man glaubt vielfach, daß das Schwanken der Selbstmordziffern mit der wirtschaftlichen Konjunktur im Zusammenhang stehe, und daß die Zunahme der Selbstmorde eine Folgeerscheinung der steigenden wirtschaftlichen Not sei. Aber es scheint doch, daß auf diese Entwicklung der Selbstmordziffern noch ganz andere Ursachen bestimmend einwirken. Bemerkenswert ist, daß die Selbstmordziffern in den verschiedenen Ländern ziemlich weit von einander abweichen, was wohl nicht ausschließlich durch die mehr oder minder große Genauigkeit der statistischen Buchführung erklärt werden kann. In den mitteleuropäischen Ländern schwankt die Selbstmordziffer im allgemeinen zwischen 20 und 25 auf je 100 000 Einwohner. Nur in Ungarn steigt sie bis auf 27. Dagegen kommen in Griechenland nur 2 Selbstmorde auf je 100 000 Menschen, in Spanien nur 4 und in Litauen nur je 5. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Selbstmordziffer mit steigender Kultur sich erhöht.

Auffällige Unterschiede findet man aber auch oft innerhalb des gleichen Landes. So ist die Selbstmordziffer z. B. in Nordirland doppelt so hoch als in dem irischen Freistaat. In Deutschland hat die Stadt Berlin die höchste Selbstmordziffer, denn hier entfallen mehr als 45 Selbstmorde auf je 100 000 Einwohner. Es folgen mit gleichfalls sehr hohen Selbstmordziffern Hamburg, das Land Sachsen, Braunschweig, Lübeck, Bremen und Thüringen. Außerordentlich niedrige Selbstmordziffern findet man dagegen in der Grenzmark Posen-Westpreußen (9,3 auf 100 000 Einwohner), in Oberschlesien, in Westfalen, Waldeck, Lippe sowie in Bayern und Württemberg.

Das Gesetz über die Berufsausbildung

Nachdem die große Welle der deutschen Erwerbslosigkeit etwas abgeebbt war, machte sich in einer ganzen Reihe von Industriezweigen wieder ein Mangel an gebildeten und qualifizierten Arbeitskräften geltend. Dieser Nachfrage nach ausgebildeten Arbeitern und Handwerkern steht auf der anderen Seite ein zahlenmäßig sehr starkes Überangebot von Angelernten gegenüber, und es ist unter diesen Umständen unmöglich, den wichtigen Ausgleich zwischen der Nachfrage und dem Angebot auf dem Arbeitsmarkt herzustellen. Um so größere Bedeutung gewinnt gegenüber dieser Lage der Dinge die Berufsausbildung der heranwachsenden Jugend, die die Lücken auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausfüllen soll. Um das schwierige Problem der Heranbildung des beruflichen Nachwuchses zu lösen, hat die Reichsregierung den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes zur Beratung und Beschlußfassung ausgearbeitet.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Lehrlingswesen in manchen Berufszweigen und vor allem in manchen Einzelbetrieben außerordentlich im argen liegt. Minderwertige Ausbildung schafft ungenügend vorgebildete Arbeitskräfte, schädigt daher die gesamte Branche und damit auch die gesamte Volkswirtschaft. Es gibt Berufszweige, in denen zur Erlangung der Berufsfertigkeit keineswegs eine sehr lange dauernde Ausbildung notwendig ist. Trotzdem werden auch in manchen Betrieben dieser Berufszweige anstelle von Hilfsarbeitern schulentasche junge Leute als Lehrlinge eingestellt, nur weil die Lehrlingsvergütungen billiger sind als die Hilfsarbeiterlöhne. Im letzten Jahresbericht der württembergischen Gewerbeaufsichtsbeamten ist auf diesen Mißstand hingewiesen worden. In dem Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes wird daher versucht, zwischen Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern einen scharfen Trennungstrieb zu ziehen. Es ist zweifellos richtig, daß, wie in der Begründung des Gesetzesentwurfes betont wird, auch die Jugendlichen, die nicht Lehrlinge, sondern Hilfsarbeiter sind, ausgebildet werden müssen. Aber es muß trotzdem ein Unterschied gemacht werden zwischen Berufen, die in der Tat eine längere Lehr- und Ausbildungszeit erfordern und solchen, die nach einer verhältnismäßig kurzen Anlernzeit ausgebildet werden können.

Mit Recht sind die Lehrlingsverhältnisse ausdrücklich aus den Tarifregelungen ausgeschlossen worden. Die Einstellung von Lehrlingen soll in Zukunft nur durch anerkannte Gewerbebetriebe erfolgen, die gute Ausbildung von vornherein gewährleisten. Ein solches Lehrverhältnis kann jedoch nicht durch Tarifverträge geregelt werden. Dagegen schafft der Gesetzesentwurf für alle Berufszweige die Möglichkeit, im Falle einer Überfüllung allen Betrieben dieses Berufs die Beschäftigung von Jugendlichen (Lehrlingen und Hilfsarbeitern) bis zur Dauer von drei Jahren zu verbieten. Man hofft, auf diese Weise die Lehrlingszahl in überfüllten Berufen, die den ausgebildeten keine ausreichenden Beschäftigungsmöglichkeiten geben können, erheblich einzuschränken.

Um den Unterschied zwischen Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern deutlich herauszuheben, schreibt der Entwurf für den gewerblichen Lehrvertrag ausdrücklich einen schriftlichen Vertragsabschluss vor. Schadenersatzansprüche aus dem Lehrvertrage, z. B. bei einseitiger Auflösung des Lehrverhältnisses, können nur geltend gemacht werden, wenn ein schriftlicher Lehrvertrag abgeschlossen worden ist. Nur für die kaufmännischen Angestellten ist der schriftliche Abschluß des Lehrvertrages nicht unbedingt vorgeschrieben.

Die Lehrlingsausbildung soll so lange dauern, bis der Zweck erreicht und eine zur Ausübung des Berufes genügende Ausbildung gesichert ist. Die Höchstdauer der Ausbildung beträgt nach dem Gesetzesentwurf für alle Berufe vier Jahre. Die Frage der Entlohnung der Lehrlinge und der Dauer der täglichen Arbeitszeit werden in dem Gesetzesentwurf mit Recht sehr kurz behandelt. Das Lehrlingsverhältnis soll ja ein Arbeitsverhältnis sein, und der gewährte Lohn stellt keine Entschädigung für geleistete Arbeit dar, während für die Dauer der Arbeitszeit einerseits die Erfordernisse des Ausbildungszweckes, andererseits die Rücksichtnahme auf die geringeren Kräfte der jugendlichen Lehrlinge maßgebend sein müssen. Dem Wesen des Lehrverhältnisses entspricht es auch, daß es nicht — wie ein gewöhnliches Arbeitsverhältnis — durch Kündigung aufgelöst werden kann, und daß dem entgegenstehende Abreden in Tarifverträgen nichtig sind. Das Gleiche gilt, wenn bei der Einstellung eines Lehrlings jederzeitige Entlassung vereinbart worden ist. Entweder ist diese Abrede unwirksam, oder es handelt sich um ein gewöhnliches Hilfsarbeiterverhältnis, bei dem der entlassene Hilfsarbeiter nachträglich tarifliche oder ortsbühliche Löhne beanspruchen kann. Nur wenn ein wichtiger Grund vorliegt, kann nach dem Gesetzesentwurf das Lehrverhältnis fristlos gekündigt werden. Als solche wichtigen Gründe gelten Berufswechsel des Lehrlings sowie Wechsel des Betriebesinhabers und Konkurs. Etwaige Kündigungen müssen schriftlich erfolgen. Außerdem sollen beim Wechsel des Betriebesinhabers in Zukunft die Lehrlinge von dem Nachfolger übernommen werden.

Für Streitigkeiten aus dem Lehrverhältnis sind in Zukunft die Arbeitsgerichte zuständig oder, wenn es sich um Innungsmeister handelt, die Innungen, deren Spruch aber nur wirksam ist, wenn er von beiden Parteien ausdrücklich anerkannt wird. Geschieht das nicht, so entscheidet gleichfalls das Arbeitsgericht. Es ist nicht möglich, alle Gebiete der Berufsausbildung gesetzlich zu regeln. Vieles wird auch in Zukunft von dem guten Willen und der Lehrbereitschaft des auszubildenden Meisters abhängen. Aber eine gesetzliche Festlegung der wichtigsten Grundzüge einer ausreichenden Lehrlingsausbildung ist für den gesamten Gewerbebestand von ebenso großer Bedeutung, wie für die jugendlichen Lehrlinge. Eine gute Berufsausbildung sichert dem ganzen Berufszweig einen brauchbaren und ausreichenden Nachwuchs und stärkt damit auch das Ansehen des Berufs in der öffentlichen Meinung.

Die sächsische Verwaltungsreform

Die sächsische Verwaltungsreform, wie sie in einer Denkschrift niedergelegt sind, sieht den Abbau von zwei Ministerien, zwei Kreishauptmannschaften und vier Amtshauptmannschaften vor. Weiter ist der Wegfall von 27 Amtsgerichten geplant und schließlich soll eine weitgehende Übertragung von Staatsaufgaben auf die Gemeinden erfolgen. Aufgehoben werden sollen das Arbeits- und Wirtschaftsministerium; ihr Aufgabenkreis soll, wie vor dem Kriege, dem Ministerium des Innern wieder einverleibt werden. Auch eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten ist in der Denkschrift vorgesehen. Die Notwendigkeit, die sächsische Gesundheitsverwaltung aufrechtzuerhalten, wird bestritten; sie soll auch in Fortfall kommen.

In Bremen soll die Zahl der Mitglieder der Bürgerschaft von 120 auf 80 vermindert werden.

Politische Neuigkeiten

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns 60 Jahre alt

Anlässlich des heutigen 60. Geburtstages des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns würdigt der Reichstagsabgeordnete Josef Andre in einem Leitartikel der „Germania“ die Verdienste des Jubilars als Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages und als Arbeitsminister des Reiches, ein Amt, das er bereits 6½ Jahre inne hat. In der ersten Eigenschaft gehörte Dr. Brauns in allen großen und entscheidenden Fragen der Außen- und Innenpolitik zu den klarsten und erfahrensten Beratern der Fraktion. Die Konsolidierung unserer politischen Verhältnisse, die Festigung der Republik, die außenpolitische Annäherung und andere tatsächliche Fortschritte seien mit sehr Werk. Als langjähriger Reichsarbeitsminister müsse Brauns als der hauptsächlichste Träger und Führer am Wiederaufbau der deutschen Sozialpolitik bezeichnet werden. Seit der Bährungsstabilisierung seien Leistungen zum Schutze der Gesundheit, der Sicherheit und Arbeitskraft der breitesten Volksmassen in Deutschland vollzogen worden wie in keinem zweiten Lande der Welt.

Auch in anderen Mächten werden dem Reichsarbeitsminister anerkennende Worte gerichtet. So heißt es in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: „Daß die in Vorkriegszeiten gelegten Grundlagen unserer Sozialpolitik über alle Gefahren hinweg gerettet und ausgebaut werden konnten, ist ohne Zweifel ein Verdienst. Nicht nur die starke Stellung, die das Zentrum in allen Regierungskoalitionen behauptete, aber der maßgebende Einfluss der Christlichen Gewerkschaften haben Dr. Brauns an der Spitze seines Ressorts gehalten. Vor allem sind es gründliche Sachkenntnisse und persönlich menschliche Fähigkeiten als Verhandlungsleiter und ausgleichender Vermittler. Die „Vossische Zeitung“ sagt: „Auch der politische Gegner wird dem Minister der Arbeit die Achtung nicht versagen, die jeder ehrlichen Überzeugung gebührt.“

Der Reichspräsident hat Dr. Brauns zu seinem 60. Geburtstag telegraphisch seine herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen.

Die Vereidigung der Reichswehr

Laut „Tägl. Rundsch.“ hat Reichswehrminister Dr. Gessler über die Vereidigung von Personen, die in die Reichswehr eintreten, eine neue Verordnung herausgebracht. Danach hat für den ganzen Standort bei der Einstellung und Vereidigung der Mannschaften eine gemeinsame Vereidigungsformel stattzufinden. Die Mustertafel des Präzidentenmarsch. Darauf weist der leitende Offizier auf die Bedeutung des Eides, sowie auf die Pflichten des deutschen Soldaten hin und hat dann den Mannschaften folgende Eidesformel vorzusprechen: „Ich schwöre Treue der Reichsverfassung und gelobe, daß ich als tapferer Soldat das deutsche Reich und seine Einrichtungen jederzeit schützen und dem Reichspräsidenten und meinen Vorgesetzten Gehorsam leisten will.“ Die Freiwilligen haben darauf die Hand zu erheben und den Eid laut nachzusprechen. Als Abschluß bringt der kommandierende Offizier ein Hoch auf das deutsche Reich aus und die Mustertafel des Reichslandfriedens.

Die Zeitungskorrespondenz Dr. Gesslers

Zu Mitteilungen eines Berliner Montagblattes über eine Korrespondenz des Reichswehrministers Dr. Gessler erfährt die „B. Z.“ von unterrichteter Seite: Der Süddeutsche Zeitungsdienst ist tatsächlich mit Unterstützung Dr. Gesslers, der damals noch Reichstagsabgeordneter war und ein hohes hiesiges Mandat beiratet, gegründet worden. Die Gründung dieser Korrespondenz fällt in die Zeit schwerer innerpolitischer Krisen. Es sei daran erinnert, daß damals starke Strömungen für eine Abtretung Bayerns vom Reich sich geltend gemacht haben. Aufgabe dieser Korrespondenz war es, diesen Strömungen in der bayerischen Öffentlichkeit entgegenzutreten und für einen Ausgleich der damaligen Gegensätze zwischen dem Reich und Bayern zu wirken. Durch Vermittlung Gesslers sind wiederholt Unterstufungsgelder aus Reichsfonds gegeben worden. Man legt aber Wert auf die Feststellung, daß diese Gelder nicht aus irgendwelchen Fonds oder Staatsmitteln des Reichswehrministeriums stammten. Soweit die Vermittlung Dr. Gesslers in Frage kommt, hat er dabei nicht in seiner Eigenschaft als Wehrminister gehandelt. Weiter wird darauf hingewiesen, daß alle maßgebenden und zuständigen Stellen im Reich von diesen Vorgängen unterrichtet gewesen sind. Die Unterstufungen sind mit Zustimmung dieser Kreise erfolgt.

Stahlhäuser

Der Gedanke des Stahlhauses ist zwar theoretisch schon oft erörtert worden, konnte aber bisher in Deutschland noch nirgends recht populär werden. Einzelne kleinere Firmen haben ihn schon lange aufgenommen und eifrig auf die Gebiete experimentiert. Aber durchgesetzt hat er sich bis heute bei uns nicht. Das soll jetzt anders werden, nachdem die größten eisenindustriellen Unternehmungen Deutschlands neuerdings Interesse an dem Stahlhausbau genommen haben.

Die Vereinigten Stahlwerke haben von der Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk Offerten für den Bau von Stahlhäusern zum Zwecke der Erweiterung der allgemeinen Wohnungsnot zu unterbreiten. Die Stadt Hagen i. W. hat, wie berichtet wird, ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt, in welchem auch die Errichtung von Stahlhäusern mit Kleinwohnungen vorgesehen ist. Desgleichen haben die ober-schlesischen Hüttenwerke von einer Leipziger Firma, die schon lange im Stahlhausbau tätig ist, und mit einem Musterhaus auch auf der Berliner Wochenausstellung vertreten war, die Abstellung Stahlhausbau übernommen, um diesen Geschäftszweig fortan im Großen zu entwickeln.

Eine Denkschrift zu dieser Frage zieht die hübsche Parallele zwischen Haus und Schiff: Wie dem Holzschiff das Stahlschiff gefolgt ist, so solle der Stahlhausbau auch die Häuser aus Stein und Holz ablösen. Man wird abwarten müssen, ob der deutsche Großindustrie dieses neue Projekt glücken wird. Wäre das der Fall, so könnte allerdings für den deutschen Wohnungsbau eine ganz neue Entwicklungsperiode beginnen. Zunächst freilich wird man das abwarten müssen, denn bisher scheint der Beweis dafür, daß der Stahlhausbau mehr leisten kann als die Herstellung von Holzwohnungen und von Sommerwohnungen noch nicht erbracht zu sein.

Musikdirektor Neumann, Düsseldorf 4. Montagabend stark plötzlich während einer Chorprobe infolge Schlaganfalles der in ganz Deutschland bekannte Musikdirektor Mathien Neumann. Der Verstorbene, als Komponist wie als Chorleiter gleichbedeutend, leitete mehrere Chöre im Rheinland und in Westfalen. Die Komposition von Männerchören bildete sein eigentliches Arbeitsfeld.

E. Büchle Inh. ber. W. Eertsch Kaiserstraße 132. 928 Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen Gute Ausführung bei billigst. Berechnung Große Auswahl

Rhein-Wein-Ausstellung in Berlin

Seit dem Beginn des neuen Jahres steht das Bismarck-Ausstellungsgebäude der Reichshauptstadt zum zweiten Male im Zeichen einer großzügigen Propaganda für den deutschen Rhein und den deutschen Wein. „Deutscher Rhein — Deutscher Wein“ wird wiederholt. Unter einem blauen Seidenhimmel, der die ganze Glut der Niesenhalle (Zunthalle am Kaiserdamm) überdeckt, hängen zahllose silberne Kugeln, die wie Sterne wirken, während die zahlreichen Logen der Galerie durch große goldene Trauben auf grünem Grunde umrahmt werden. Auf der Galerie des Zunthauses ist eine Kunstausstellung untergebracht, die unter der Leitung von Hans Baluschek mit Hilfe rheinischer und Berliner Künstlerverbände geschaffen wurde. Um das Thema „Rhein“ und „Wein“ haben sich hier nahezu 500 Beispiele der bildenden Kunst zusammengesammelt. Darunter sind manche wertvolle Gemälde, die vom Rheinmuseum in Koblenz und vom Staatsgeschichtsmuseum der Stadt Köln sowie vom Wallraf-Richartz-Museum in Köln überlassen worden sind.

Aus den landwirtschaftlichen Genossenschaften

Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften zählte am 1. Dezember 1927 insgesamt 108 Zentralgenossenschaften, 20 681 Spar- und Darlehnsstellen, 4548 Bezugs- und Abgabegenossenschaften, 4077 Molkereigenossenschaften und 10 663 sonstige Genossenschaften. Aber die Entwicklung der einzelnen Genossenschaftszweige war recht verschieden. Die größten Fortschritte machten offenbar die Molkereigenossenschaften, bei denen 3 Auflosungen, aber 22 Neugründungen registriert wurden. Im Gegensatz hierzu hat sich die Zahl der Bezugs- und Abgabegenossenschaften um 11 vermindert. Unter den sonstigen Genossenschaften wird über die Neugründung von 7 Drosch- und Elektrizitätsgenossenschaften sowie von 2 Geflügelzucht- und Eierverwertungsgenossenschaften berichtet.

Kurze Nachrichten

Reichskanzler Dr. Marx in Sigmaringen. Reichskanzler Dr. Marx ist mit seiner Gemahlin zu einem Erholungsurlaub Montag nachmittag in Sigmaringen eingetroffen.

Roske nicht Reichstagskandidat. Zu Gerüchten, daß der ehemalige Reichswehrminister, jetzige Oberpräsident von Hannover, Roske, von dem sozialdemokratischen Wahlkreisverband Hannover als Spitzenkandidat für die nächsten Reichstagswahlen aufgestellt werden sollte, berichtet die „B. Z.“, daß man in maßgebenden Kreisen der Sozialdemokratie bisher keine Mitteilungen über die Aufstellung Roskes als Reichstagskandidat habe und daß man auch kaum annehme, daß Roske bei seinen umfangreichen Verpflichtungen als Oberpräsident in der Lage sein werde, ein Mandat zu übernehmen.

Ein erkundetes Interview. Polnische Blätter brachten ein ausführliches Interview mit dem Reichsaußenminister, worin sich Dr. Stresemann außerordentlich lobend über Pilsudski äußerte. Wie wir erfahren, hat ein solches Interview nicht stattgefunden.

Die österreichisch-deutschen Verhandlungen über das Strafrecht, die am 15. und 16. November in Wien begonnen haben, werden nunmehr in den Tagen vom 14. bis 16. Januar im deutschen Reichstag unter Leitung des Vorsitzenden des Rechtsausschusses, Prof. Dr. Kahl, fortgeführt werden. Die Verhandlungen, an denen sechs Vertreter des österreichischen Nationalrates und zehn Vertreter des deutschen Reichstages teilnehmen, werden sich mit dem allgemeinen Teil des Strafrechts befassen, über den eine Verständigung herbeigeführt werden soll.

Zur Regierungsbildung in Danzig. Die Verhandlungen über die Regierungsbildung sind soweit gefördert worden, daß der Koalitionsvertrag zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen, der die Grundlage dieser drei Parteien für ein Zusammengehen in der kommenden Regierung darstellt, in erster Beratung beendet worden ist. Es sollen sich dabei keine Differenzen erheblicher Art gezeigt haben, und insbesondere über eine Änderung der Verfassung, die Umbildung des Senats usw. soll eine Übereinstimmung erzielt worden sein. Die Bildung der neuen Regierung ist schon in den nächsten Tagen zu erwarten.

Neujahrsglückwünsche des Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat außer mit dem österreichischen Bundespräsidenten Gajniak auch mit Papst Pius, König Gustaf von Schweden, König Haakon von Norwegen, König Boris von Bulgarien, Reichsverweser Horty von Ungarn, und dem Schah von Persien Neujahrsglückwünsche geschickt.

Stresemann und Wolgemut. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, trifft es zu, daß die Absicht besteht, in der zweiten Hälfte des Monats eine Zusammenkunft zwischen dem Reichsaußenminister und dem Ministerpräsidenten Wolgemut in Berlin anlässlich des Wiederbeginns der deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen herbeizuführen. Der Wunsch dazu ist von litauischer Seite ausgegangen.

Termin für die Hamburger Bürgerwahlen. Der Hamburger Senat hat für die infolge der Entscheidung des Staatsgerichtshofes in Leipzig notwendig gewordene Neuwahl der Bürgerschaft den 19. Februar als Wahltag bestimmt.

Abgelehnte Schiedsprüche. Die am 28. Dez. vom Landesschiedsrichter für die sächsischen Hüttenindustrie gefaßten Schiedsprüche sind nicht nur von den Arbeitnehmern, sondern auch von den Arbeitgeberern abgelehnt worden.

1 Monat Gefängnis für Streicher. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Julius Streicher wurde vom Schöffengericht Nürnberg wegen öffentlicher Beleidigung des Oberbürgermeisters Dr. Luppe zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Schulkreuzer „Berlin“ nach Port Said in See gegangen. Der Schulkreuzer „Berlin“ ist am Montag Abend von Genoa aus unter dem Kommando des Kapitäns Kolbe nach Port Said in See gegangen.

Die Regierungsbildung in Lettland. Der Auftrag zur Regierungsbildung ist jetzt den Rechtssozialisten übertragen worden, deren Vertreter Holzmann heute nachmittag die Verhandlungen wegen Bildung einer Linkskoalition aufgenommen hat. Holzmanns Aussichten scheinen gering zu sein. Die Lage bleibt unklar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Witterungsverhältnisse im Gebirge haben sich noch nicht erheblich geändert. Es ist nur Eisbahn vorhanden. Auf der Ostseite einer in Frankreich von Norden nach Süden sich verlaufenden Druckrinne fröhen kaltere Luftmassen in unser Gebiet ein. Im Verein mit nördlicher Ausstrahlung sanken nachts die Temperaturen überall stark. Heute früh bedeckt Hochnebel den größten Teil des Landes, während die Gipfelnagen wolkenlos sind. Die Druckrinne wird ostwärts an Raum gewinnen und damit uns Erwärmung bringen. Zunächst sind Schneefälle zu erwarten, die später unter Glättebildung in Regen übergehen dürften. Voraussage für 4. Jan.: Zunehmende Bewölkung mit Erwärmung, später Schneefälle, in Regen übergehend.

Badischer Teil

Die Pforzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie 1927

Das Wirtschaftsjahr 1927 stellt sich nach einem in der Jahresabschlussrechnung der Handelskammer Pforzheim erstatteten Bericht für die Pforzheimer Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie nur äußerlich als ein Fortschritt gegen das Vorjahr dar. Der schon um die Mitte des Vorjahres einsetzende Konjunkturschwung hat sich auf die Pforzheimer Industrie nur zögernd ganz allmählich und in sehr verschiedenem Ausmaß für ihre einzelnen Zweige ausgewirkt. Hauptächlich in billigen, leuchtenden Waren und für den heimischen Markt. Der Export dagegen nahm an dieser Entwicklung einen nur schwachen Anteil vornehmlich in Alpacas, Doublees und Silberwaren billigerer Preislagen und lag sonst bis auf ganz kurze vorübergehende Belebungen für einzelne Zweige das ganze Jahr über sehr ruhig. Die Konjunktur stellt sich also auch für Pforzheim lediglich als eine Inlandskonjunktur dar, die nur ganz unvollkommen für den großen Ausfall im Export zu entschädigen vermochte, auf den die Pforzheimer Industrie ja ganz überwiegend eingestellt und angewiesen ist.

Der in den ersten Monaten nur schwache Beschäftigungsgrad verstärkte sich von der Jahresmitte ab so schnell, daß bald Mangel an Fach- und Spitzenarbeitern fühlbar wurde und Überarbeit in Anspruch genommen werden mußte. Die im Industriegebiet bei Beginn des Jahres noch über 6000 Personen betragende Anzahl der Erwerbslosen- und Krisenunterstützungsempfänger sank in der ersten Jahreshälfte langsam und allmählich auf Zweidrittel, um sich dann, bis zum Oktober schnell und stetig bis auf etwa ein Sechstel fallend, auf dieser Höhe bis zum Jahresabschluss zu halten.

Die Produktion hatte mit außerordentlichen allgemeinen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Rohmaterialpreise lagen jedoch nicht ungünstig. Die Zusammendrängung der Arbeit auf nur kurze Zeit infolge fast ausnahmsloser Erteilung der Aufträge nur mit kurzen Lieferfristen und sprunghaften Anziehens des Geschäfts in der zweiten Jahreshälfte machte sich ungünstig bemerkbar.

Die Absatzmöglichkeiten auf dem heimischen Markt lagen bei der trotz des Geldmangels regen Kaufkraft namentlich in der zweiten Jahreshälfte sehr günstig, wurden aber durch Überproduktion und die daraus wie aus dem Geldmangel sich ergebenden Begleiterscheinungen (Preisunterbietungen usw.) sowie auch dadurch empfindlich beeinträchtigt, daß für den Ausfall im Export Ersatz auf dem Inlandmarkt gesucht wurde. Für das Ausfuhrgeschäft lagen die Absatzverhältnisse infolge der fast ausnahmslos hochschützollnerischen Einstellung des Auslandes, und infolge des Verlustes ehemals bedeutender Absatzgebiete, sehr ungünstig. Der Wert des Exports an Platin-, Gold-, Silber- sowie vergoldeten und versilberten unedlen Schmuckwaren betrug nach den amtlichen Aufzeichnungen in den ersten 9 Monaten des Berichtsjahres nur rund 43 Mill. M., wird also voraussichtlich kaum die Höhe des 1926 rund 58 Mill. M. betragenden Exports, und damit noch nicht die Hälfte der Vorkriegsausfuhr erreichen.

Die Geschäftslage für die Hauptzweige der Edelmetall- und Schmuckwarenindustrie war nicht einheitlich. Für Juwelen war das Geschäft im ganzen günstiger als im Vorjahr. Durch die starke Senkung des Platinpreises und durch den Sturz der Börsenpapiere im Frühjahr und Herbst wurde es ungünstig beeinflusst. Die auf leuchtende gepreßte billige Artikel arbeitenden Betriebe waren durchschnittlich besser beschäftigt als die feine montierte Ware herstellenden. Die für den heimischen Markt arbeitenden Firmen waren verhältnismäßig besonders gut im September und Anfang November beschäftigt, also nur kurze Zeit.

Von den Goldwaren hat Goldschmuck im Berichtsjahr auf dem deutschen Markt einen höheren, im Export aber einen erheblich niedrigeren Umsatz als im Vorjahr, vorwiegend in Artikeln billigerer Preislage, erzielt. Der Ausfall im Ausfuhrgeschäft konnte jedoch durch den erhöhten Umsatz im Inland wegen des gesteigerten Wettbewerbs der auf dem heimischen Markt Ersatz findenden Ausfuhrbetriebe und des sich daraus ergebenden Preisrückfalls bei weitem nicht ausgeglichen werden. Silberwaren hatten im Berichtsjahr einen guten Geschäftsgang und volle Beschäftigung bei allerdings stark gedrückten Preisen. Die rege Kaufkraft auf dem Inlandmarkt stand mit der schleppenden Zahlungsweise in auffallendem Kontrast. Neben der Inlandskonjunktur machte sich in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres auch eine starke Belebung des Überseegebietes bemerkbar. Für die Doublewaren — insbesondere Kettenindustrie — war der Geschäftsgang im Berichtsjahr gleichfalls wesentlich reger als im Vorjahr. Auch der Auslandsumsatz dürfte sich gegen das Vorjahr gesteigert haben. Alpacawaren erzielten im Berichtsjahr gleichfalls einen im Vergleich zu beiden Vorjahren befriedigenden Umsatz. Der Hauptanteil an dieser Umsatzerhöhung entfällt auf den deutschen Markt, während der Export namentlich nach Übersee noch sehr schwach war. Diese Mengenkonjunktur schloß aber leider nicht auch eine Preis- und Rentabilitätskonjunktur ein, da der erhöhte Umsatz nur mit schärferer Kalkulation und Preisreduzierung erzielt werden konnte, und sein weitaus größter Teil auf die billigen Qualitäten entfiel.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das abgelaufene Wirtschaftsjahr für die Pforzheimer Industrie als ausgeglichene Exportindustrie nach seinem Ergebnis nur eine weitere Etappe auf dem mühseligen Wege des Wiederaufbaus darstellt. Vorbedingung ist kräftige Senkung der auf der deutschen Wirtschaft ruhenden Lasten und schleunige Abtragung der überhöhen Zollmauern des Auslandes.

Verkehrsfrequenz der badischen Luftfahrtlinien

Nach der nunmehr von der Deutschen Luft Hansa veröffentlichten Verkehrsstatistik steht die Linie Freiburg-Stuttgart in der Ausnützung der verfügbaren Rabinenplätze mit 96,2 Proz. an erster Stelle in ganz Deutschland. Als Vergleich für dieses gute Ergebnis seien die Vergleichsziffern der anderen von Baden ausgehenden Strecken angeführt. So erzielten die Linie Karlsruhe-Stuttgart-München 65,1, München-Stuttgart-Baden-Baden 60,1, Frankfurt-Mannheim-Karlsruhe-Baden-Baden-Willingen-Konstanz 47 Proz., Stuttgart-Mannheim 43,7 und Stuttgart-Willingen 38,7 Proz.

Aus dem badischen Zeitungswesen

Prof. Dr. Ludwig Bergsträßer wird vom 1. Januar 1928 ab in der Redaktion der „Neuen Badischen Landeszeitung“ ständig mitarbeiten. Ludwig Bergsträßer ist geborener Oberelsässer, er studierte und promovierte an der Universität Heidelberg und ist seit 1920 am Reichsarchiv in Potsdam tätig (seit 1923 Oberarchivar). Der Wahlkreis Potsdam I entsandte ihn erstmals im Mai, dann wieder im Dezember 1924 in den Reichstag, in dem er der Fraktion der Deutschdemokraten angehört.

Neujahrsgratulation beim Erzbischof

Als feierlicher Abschluß des Diözesan-Jubiläums in Freiburg gestaltete sich die Neujahrsgratulation des Domkapitels, des Erzbischöflichen Ordinariats, der Erzbischöflichen Beamten und der Freiburger Geistlichkeit beim Erzbischof zu einer besonders eindrucksvollen Kundgebung. Generalvikar Dr. Sester wies in seiner Ansprache darauf hin, daß am Neujahrstag vor 100 Jahren zum erstenmal das Domkapitel und der Klerus von Freiburg in demselben Saale vor den Erzbischof Bernhard trat, um die Segenswünsche zum neuen Jahre zu erbeten. Er erneuerte dem Erzbischof namens der Kirchenbehörde und des ganzen Klerus das Gelübde der Liebe und Treue. Erzbischof Dr. Frick dankte in herzlicher Weise für die ihm dargebrachten Glückwünsche und die aufrichtige Teilnahme, mit der die Mitglieder der Kirche, Klerus und des Klerus der ganzen Diözese die Freuden und Leiden ihres Oberhirten teilten. Zusammen mit dem Weihbischof erteilte Erzbischof Dr. Frick den Versammelten den bischöflichen Segen.

Verhütete Zugentgleisung

W. Mülheim, 3. Jan. (Tel.) Als heute nacht der neue Nitrova-Zug nach Berlin, D 241, mit ungefähre 40 Minuten Verspätung in sehr raschem Tempo die hiesige Station passierte, entgleiste in der Nähe der Station Hügelsheim der Tender der Lokomotive mit einer Achse. Glücklicherweise merkte der Maschinenführer, daß etwas nicht in Ordnung war und konnte den gut besetzten internationalen Zug auf 200 Meter zum Stehen bringen und damit unabsehbare Unglück verhüten. Der Zug wurde dann nach Mülheim in den Bahnhof zurückgebracht, nachdem eine neue Lokomotive von Freiburg rellamiert war, seine Fahrt um 3 Uhr nachts fortsetzen. Durch diesen Unfall erlitten die darauffolgenden Züge ebenfalls beträchtliche Verspätungen.

Aber den Augustfall teilt die Reichsbahndirektion Karlsruhe mit: Die Lokomotive des D-Zuges 241 ist bei Hügelsheim heute nacht infolge Bandagenbruchs mit einer Achse entgleist. Die Ausrüstung wurde dann nach Mülheim gefahren und auf einem falschen Gleis weitergeleitet. Der Zug erhielt eine Verspätung von etwa drei Stunden. Material- und Sachschäden liegen nicht vor.

Wem gehören die deutschen Straßenbahnen?

Der Deutsche Städtetag hat im vorigen Jahre durch eine Kundfrage festzustellen versucht, in welchem Umfange die deutschen Straßenbahnen heute bereits kommunale Verkehrsunternehmungen geworden sind, und inwiefern etwa noch Straßenbahnen sich im Privatbesitz befinden. Die Ergebnisse der Kundfrage, die im Verkehrsamt der Stadt Frankfurt a. M. bearbeitet worden sind, werden in den „Mitteilungen des Deutschen Städtetages“ bekanntgegeben und näher erläutert. In die Erhebung wurden sämtliche deutschen Groß- und Mittelstädte — das sind die Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern — einbezogen. Demnach beträgt die Zahl der von der Untersuchung erfaßten Städte 260, nämlich 46 Großstädte und 214 Mittelstädte.

Die Ermittlungen haben nun ergeben, daß von den untersuchten 260 Städten 88 ohne Straßenbahnen bzw. straßenbahnähnliche Kleinbahnen sind. Dagegen sind auf der anderen Seite 24 Städte vorhanden, in denen das Verkehrsbedürfnis durch mehr als ein Verkehrsunternehmen befriedigt wird. Insgesamt besitzen die 172 Städte, die überhaupt Straßenbahnen haben, zusammen 149 Bahnunternehmungen. 28 von diesen dienen nämlich dem Verkehr in mehreren Städten; in einem Falle wird sogar der Verkehr von 9 Städten durch das gleiche Bahnunternehmen bedient.

Es ist freilich nicht immer ganz leicht, öffentlich, also in diesem Falle städtische Bahnbetriebe, von den privaten genau und eindeutig abzugrenzen. 4 Bahnbetriebe befinden sich nämlich zu gleichen Teilen in öffentlich-rechtlichem und in privatem Besitz. Von den übrigen 145 Straßenbahnen sind 86 im Kommunalbesitz, und zwar 60 als städtische Regiebetriebe und 26 in Gesellschaftsform, jedoch derart, daß 100 Proz. des Kapitals in städtischem oder sonstigem öffentlich-rechtlichem Besitz sind. Dazu kommen noch 24 gemischtwirtschaftliche Unternehmungen, in denen die Beteiligung der Städte oder sonstiger öffentlich-rechtlicher Verbände mehr als 50 Proz. beträgt. In weiteren 6 gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen macht der Anteil des Privatkapitals mehr als 50 Prozent aus. Endlich befinden sich 29 Straßenbahnen noch ganz im Besitz des Privatkapitals.

Das Ergebnis der Kundfrage läßt sich also kurz dahin zusammenfassen, daß von den 149 vorhandenen Straßenbahnen und straßenbahnähnlichen Kleinbahnen insgesamt 110, also rund drei Viertel als rein städtische Betriebe anzusehen sind. Nur 35 Betriebe wurden als private Unternehmungen ermittelt. Die überragende Bedeutung der kommunalen Straßenbahnen gegenüber den privaten Bahnunternehmungen tritt augenfällig hervor.

Gemeinde-Rundschau

Städtische Sparkasse Karlsruhe. Der Stand der reinen Spareinlagen ergibt auf Ende Dezember 1927 den Betrag von 18,8 Millionen Reichsmark. Hierzu kommen 4,2 Millionen Reichsmark an Giroeinlagen, so daß sich der Gesamteinlagenbestand auf 23,0 Millionen Reichsmark erhöht. Im Dezember wurden 625 neue Sparbücher ausgestellt.

30 Jahre Sparkasse Durlach. Am heutigen Dienstag sind es 30 Jahre, daß die städt. Sparkasse Durlach unter dem damaligen Bürgermeister Dr. Reichardt gegründet wurde. Am gleichen Tage feiert auch Sparkassenleiter A. Klein sein 30jähriges Dienstjubiläum.

Der Mannheimer Oberbürgermeisterposten. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ hört, soll Ministerialrat Seeger vom Badischen Finanzministerium, der von Zentrumseite für den Mannheimer Oberbürgermeisterposten genannt war, seine Kandidatur zurückgezogen haben.

Begehrte Posten. Um die durch den Tod des Stadtbau- direktors Schlicher in Pforzheim freigewordene Stelle des Leiters des Elektrizitätswerkes haben sich annähernd 100 Personen beworben. Für den neu zu besetzenden Posten des zweiten Bürgermeisters liegen über 100 Angebote vor.

Die Gemeindeverpflanzungsbrüche in Dossenheim. Nachdem die Mehrheit des Gemeinderats in Dossenheim (Amt Heidelberg) es abgelehnt hat, wegen der gemeindeeigenen Verpflanzungsbrüche weitere Verhandlungen mit dem badischen Staate zu führen, wurde ein Nachvertrag mit der Hoch- und Tiefbaufirma Hans Boller in Mannheim abgeschlossen, dem der Gemeinderat in seiner letzten Sitzung vom 30. Dezember mit 40 gegen 17 Stimmen zugestimmt hat.

Oberbürgermeister Dr. Mittelitz in Lahr beabsichtigt laut Schreiben an den dienstältesten Stadtrat mit Ablauf seiner Amtsperiode im Sommer nächsten Jahres nach 29jähriger Tätigkeit in den Ruhestand zu treten.

Gläubige Gemeinden. Die Gemeinden Gollersdorf, Glashofen und Kallentbrunn im Odenwald haben so hohe Gemeindecinnummern, daß die Einwohner auch dieses Jahr wieder keine Umlage zu zahlen haben.

Wasserleitungsban in Tennenbronn (Amt Willingen). Zur Vorbereitung des schon längst gewünschten Baues einer Wasserleitung fand in Tennenbronn eine Bürgerversammlung statt. Die gesamte Wasserleitung dürfte nach dem Bericht des Bürgermeisters Kattenbacher auf etwa 60 000 RM zu stehen kommen. Über den Finanzierungsplan konnten noch keine definitiven Beschlüsse gefaßt werden. Doch hofft man durch einmalige Beiträge der Hausbesitzer 13 000 RM aufzubringen; auch ein Beitrag des Staates und der Gemeinde dürfte zu erwarten sein.

Feuerschutzabgabe in Waldkirch. Die Stadtgemeinde Waldkirch ist mit der Einführung der Feuerschutzabgabe dem Vorgehen einer Anzahl anderer Gemeinden des Landes gefolgt. Es wurden vier Abgabestufen geschaffen, und zwar mit 1, 5, 10 und 20 RM. Die Verteilung der Abgabepflichtigen in die einzelnen Stufen erfolgt unter Berücksichtigung der in Betracht kommenden Verhältnisse, insbesondere des Wertes des Feuerzweckes. Es sind auch Befreiungen vorgesehen, und zwar befreit die Wähligkeit Zugehörigkeit zu einer freiwilligen Feuerwehr von der Abgabe.

Wechselverbindlichkeiten der Gemeinden

Zu den Zeiten der Geldknappheit sind die Gemeinden und namentlich die kommunalen Sparkassen vielfach Wechselverbindlichkeiten eingegangen. Es ist aber nicht genügend bekannt, daß zur Rechtsgültigkeit derartiger Wechselverbindlichkeiten nach den Vorschriften aller Landgemeinde-, Städte- oder Kreisordnungen die Unterschrift der jeweiligen vertretungsberechtigten Organe notwendig ist. Insbesondere genügen bei Sparkassen die Unterschriften der Sparkassendirektoren oder Sparkassenrentanten nicht. Das Reichsgericht hat kürzlich eine im Hinblick hierauf beachtenswerte Entscheidung gefällt. Die Sparkasse der Stadtgemeinde M.-Glabach hatte im Jahre 1924 auf zwei Kölner Zigarettenfabriken Wechsel gezogen, die später protestiert wurden. Der Geldgeber nahm infolgedessen die Garantie der Sparkasse der Stadtgemeinde M.-Glabach in Anspruch, und Landgericht wie Oberlandesgericht verurteilten die Sparkasse zur Zahlung der Wechselsumme. Das Reichsgericht hat jedoch dieses Urteil aufgehoben und die Klage abgewiesen. Die Vorschrift, daß zu Wechselzeichnungen der Sparkasse nur der Verwaltungsrat zuständig sei, sei keine bloße Formvorschrift, sondern solle die Sparkasse davor schützen, daß sie für Verbindlichkeiten in Anspruch genommen wird, die in anderer als der gesetzlichen Form begündet wurden. Eine Ausnahme sei nur dann zu machen, wenn es sich um laufende Geschäfte der Sparkasse, z. B. um Inlasten-Giro für geringfügige Wechselsummen handele. Im vorliegenden Falle aber hätte der Wechsel vom Verwaltungsrat und einem Mitgliede des Verwaltungsrates gezeichnet und mit dem Siegel der Sparkasse versehen sein müssen. Dagegen war die Bevollmächtigung eines nicht zum Verwaltungsrat gehörenden Dritten unzulässig. Die Garantie der Sparkasse war infolgedessen praktisch unwirksam.

Die Entscheidung des Reichsgerichts ist im Interesse des Schutzes der Gemeinden und ihrer Sparkassen vor Wechselverbindlichkeiten, bei denen nicht mit der nötigen Vorsicht und eingehenden Überlegung vorgegangen wird, durchaus zu billigen.

Aus der Landeshauptstadt

Milchkontrolle. Die Nahrungsmittelpolizei hat in den Monaten November und Dezember 7542 Kannen Milch geprüft und 716 Milchproben entnommen. Bei den Milchproben wurden beanstandet: 50 Milchproben die gewässert, 8 die entrahmt, 61 die fettarm und 68 Proben, die schmutzig waren. Bei einer Reihe von Nahrungsmittelproben ergaben sich ebenfalls Beanstandungen. Anzeigen wurden in den meisten Fällen vorgelegt.

Der Einbruch in der Karlsruher Justizkasse. Die Nachforschungen zur Aufklärung des Einbruches an der hiesigen Justizkasse sind in vollem Gange. Man hofft, die Ergebnisse bald näher bekanntgeben zu können. Bis jetzt steht fest, daß die Tat von einer wohlorganisierten, gefährlichen Verbrecherbande verübt wurde, die in letzter Zeit auch an anderen Orten, besonders in Norddeutschland, in ähnlicher Weise gearbeitet hat.

Amstjubläden. Regierungsrat Groll bei der Landesversicherungsanstalt Baden kann dieser Tage auf eine über 40-jährige Tätigkeit im Staatsdienst zurückblicken. Nahezu 33 Jahre steht er im Dienste der Landesversicherungsanstalt. Heute kann Kanzleiaffistent Franz Gurt sein 40-jähriges Dienstjubiläum im Dienst des Badischen Landtages feiern.

Badisches Landesbühnen. Das Weihnachtsmärchen „Die Reise ins Schlaraffenland“ von Ulrich von der Trend gelangt am Mittwoch, den 4. und Samstag, den 7. Januar als Nachmittagsvorstellung (15 Uhr) zur Wiederholung. Am Donnerstag, den 5. Januar, geht Walter Hafenclevers Grotteske „Ein besserer Herr“ zum fünftenmal in Szene. Am Samstag, den 7. Januar, kommt Gustav Frehtags Meisterlustspiel „Die Journalisten“, das vor 75 Jahren am Karlsruher Hoftheater unter Eduard Debrient uraufgeführt wurde, von Felix Baumbach neuinstudiert, zur Aufführung. Am Sonntag, den 8. Januar, findet als Nachmittagsvorstellung eine Wiederholung von „Max und Moritz“ und dem Ballett „Die Puppenfee“ statt. — Am Mittwoch, den 4. Januar, findet eine Wiederholung von „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“ statt. Die Partie des „Alfio“ in „Cavalleria rusticana“ singt Rudolf Beyrauch. Als „Bajazzo“ wird Dr. Fritz Lang gastieren, ein geborener Karlsruher, der zuletzt an der Mailänder Scala war. Die übrige Besetzung ist die der vorausgegangenen Aufführungen. Die musikalische Leitung beider Werke liegt in Händen von Kapellmeister Rudolf Schwarz. Als vollständige Vorstellung zu halben Preisen geht Freitag, den 6. Januar, Außersaison-Oper „Fra Diavolo“ in Szene unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz. — In Vorbereitung befindet sich fürs Konzerthaus die Erstaufführung der sensationellen Kriminal-Grotteske „Der Hexer“ von Edgar Wallace und ferner — fürs Landesbühnen — Paul Kornfelds Komödie „Kilian oder die gelbe Nase“.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Heiberg, 2. Jan. Morgen begeht Oekonomierat Karl Bach seinen 75. Geburtstag. Er ist einer der ältesten Obstbauern des Landes und hat sich um die Hebung des Obstbaues die größten Verdienste erworben.

W. Heiberg, 2. Jan. Sowohl in den Heiberg-Gemeindeverwaltungen wie auch in den staatlichen Domänenwäldern hat der starke Nordwind in der Nacht zum 29. Dezember, der eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 13 Sekundenmeter erreichte, großen Schaden angerichtet. Hunderte von Bäumen — in den städtischen Wäldern soll es sich um einen Bestand von 2000 Bäumen handeln — wurden umgelegt. Die Gewalt des Sturmes war so stark, daß an der Sternwarte eine kleine Stütze weggeblasen wurde.

Freiburg, 2. Jan. Von Professor Dr. Sata von der medizinischen Hochschule in Osaka, der im Sommer 1927 einige Hochschulen Deutschlands und Österreichs und darunter namentlich auch Freiburg besuchte, ist beim Oberbürgermeister der Stadt folgendes Telegramm eingelaufen: „Soeben heimgekehrt, danke ich nochmals für die liebevolle Aufnahme in der Überzeugung, meine deutsch-japanischen Beziehungen fernerhin erfolgreich fortsetzen zu können.“

W. Murg, 2. Jan. In der Nacht vom 30. auf 31. Dezember wurde in der im hiesigen Rathaus befindlichen Sparkasse ein Einbruch verübt. Da es sich jedoch allem Anschein nach um einen Verursacher handelt, so gelang es diesem nicht, die Kassenschranke zu öffnen, so daß keinerlei Geld entwendet wurde. Die Schreibmaschinen und sonstige wertvolle Büromaschinen blieben unberührt. Allen Anschein nach hat sich der Einbrecher am Abend in das Gebäude eingeschlichen lassen.

W. Stett, 2. Jan. Unter außerordentlich starker Anteilnahme wurde gestern edr nach schwerem Leiden verstorben Altbürgermeister Mathäus Kraus zur letzten Ruhestätte geleitet. Die Trauerrede hielt Pfarrer Dreutzer. Kränze legten nieder mit entsprechenden Ansprachen Pfarrer Stengel für den evangelischen Kirchengemeinderat, Bürgermeister Dr. Kraus für die Stadtgemeinde, Waproskurist Schutterle für den „Sängerbund“, Steuerassistent Albert für den Veteranenverein, Stadtbaumeister Schäfer für die städtische Beamtenvereinigung und Stabhalter Rapp für den Hanauer Leibgrenadierverein. In allen Neben wurden die großen Verdienste des Verstorbenen um seine Heimatgemeinde gewürdigt.

W. Durmersheim (Amt Kastell), 3. Jan. Der Begründer des Widesheimer Redemptoristenklosters, Pater Robert Kiefer, ist 72 Jahre alt, in St. Ottilien bei Straßburg gestorben. Der Verstorbenen ist ein gebürtiger Pfaffenweiler (Amt Staufen).

W. Zweibrücken, 3. Jan. Über schwere Ausschreitungen französischer Offiziere wird berichtet: In der Nacht zum Freitag verließen unter großem Lärm gegen 12 Uhr etwa 15 jüngere Offiziere der Besatzungstruppen das am Bismarckplatz gelegene von der Besatzungsbehörde beschlagnahmte Zibillafino. Nach Überklettern der Umzäunung des Bismarckplatzes wurden Flaschen gegen das Denkmal geschleudert und der Sockel durch Verrichtung der Notdurft an drei Stellen beschmutzt. Am Sockel hielt einer der Beteiligten in französischer Sprache eine Rede, die von den übrigen mit Beifall aufgenommen wurde. Es wurde dann weiterer Unfug und Sachbeschädigung verübt. In der Bevölkerung herrschte große Erregung, besonders über die Beschädigung des Bismarckdenkmals und die Beschädigung des Weihnachtsbaumes der Stadt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Feisennotierungen

	2. Jan.		1. Jan.	
	Preis	Preis	Preis	Preis
Amsterdam 100 G.	169.07	169.41	169.23	169.57
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.48	112.30	112.52
Italien 100 L.	22.14	22.18	22.13	22.17
London 100 S.	20.435	20.475	20.441	20.481
New York 1 D.	4.1865	4.1945	4.1870	4.1950
Paris 100 Fr.	16.48	16.52	16.485	16.525
Schweiz 100 Fr.	80.835	80.995	80.82	80.81
Wien 100 Schilling	59.13	59.25	59.137	59.257
Prag 100 Kr.	12.407	12.427	12.141	12.143

Verchiedenes

Keine deutschen Unterseebootreste bei Windau

M. Berlin, 3. Jan. (Priv.-Tel.). Zu den Nachrichten, wonach Unterseebootreste vor Windau in Lettland gefunden worden sein sollen, erfahren wir, daß ein deutsches Unterseeboot nicht in Frage kommt, da zwar in der dortigen Gegend in der Kriegszeit einige deutsche Schiffe gesunken seien, aber kein Unterseeboot.

Arumrum vom Verkehr abgeschnitten

W. Hamburg, 3. Jan. (Tel.). Wie aus Wittbuen gemeldet wird, ist nunmehr auch die Insel Arumrum infolge der zunehmenden Vereisung des Battenmeeres von jedem Verkehr abgeschnitten.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:
Zum Genbarmerieoberwachmeister Genbarmeriewachmeister Wilhelm Schweizer in Tennenbronn, Amt Willingen, zum Genbarmerieoberwachmeister Genbarmeriewachmeister Hermann Pfaff in Freudenberg, Amt Wertheim, Kanzleiaffistentin Silba Eisele bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zur Kanzleiaffistentin, Verwaltungsauffassistentin Elise Groll bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zur Verwaltungsauffassistentin, Kanzlistin Frieda Lumpy bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe zur Kanzleiaffistentin.

Planmäßig angestellt:

Bezirksbauteilhaber Johann Diehm beim Bezirksamt Buchen, Registraturgehilfin Maria Höfner bei der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe als Kanzlistin.

Nehmt Musikunterricht
bei der Musiklehrerschaft des
Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den
Musikalienhandlungen 961

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

offizielles Organ
der badischen Regierung

Über den ganzen Freistaat Baden verbreitet
Von sämtlichen Staats- und Gemeindebeamten,
in Industrie-, Handels- und Gewerkekreisen gelesen

Anzeigen aus Industrie,
Handel und Gewerbe
sind deshalb von ganz
besonderer Wirkung

Geschäftsstelle:
Karlsruhe, Karl-Friedrich-Straße 14
Telephon 952, 953, 954

Bürgerl. Rechtspflege
Streitige Gerichtsbarkeit.
R. 228. Fahr. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Richard Stihler in Fahr, Z...

W. 229. Stusheim. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Maurermeisters Ludwig Wunderl in Stusheim wurde heute nach Abhaltung des Schlußtermins und Vollzug der Schlußverteilung aufgehoben. 29. Dez. 1927. Amtsgericht.

Bericht, Bekanntmachungen

Laubstammholz-Versteigerung

des Forstamts Philippsburg, am Donnerstag, den 12. Januar 1928, vorm. 9½ Uhr, im Gasthaus zum „Kopf“ in Kirtlach aus Dom. Wald Untere Luffhardt, Abt. 17, 18, 53, 54, 56: 156 fm Et. II. bis VI., 57 fm Et. II., V., 8 fm Et. III., V., 4 fm Et. III., IV., 2 fm Et. IV., u. V., 0,78 fm III., IV., 0,68 fm Obu. V., und 0,49 fm Ab. IV.

W. 232. Vorzeiger für Abt. 17 u. 18 Forstamts. Kirtlach, Kirtlach.

W. 231. Vorzeiger für Abt. 54 Forstamt. Kirtlach, Kirtlach.

W. 230. Durlach. Güterrechtsregister. Eingetragen am 28. Dezember 1927. Hef. Mag. Viehhändler in Durlach, und Elfa geb. Landauer. Vertrag vom 7. De-

zember 1927. Ertrungen- schaftsgemeinschaft. Als Vorbehaltsgut der Frau erklärt ist das in § 2 des Vertrags bezeichnete Vermögen, sowie alles Vermögen, was dieselbe durch Schenkung unter Lebenden, durch Erbfolge, durch Vermächtnis oder als Pflichtteil erwirbt. Amtsgericht.

W. 234. Karlsruhe. Güterrechtsregister. 1. Zu Band I Seite 11: Meyer, Gottlieb, Metzger und Wirt, Wüchig, und Emma geb. Hilbenbrand. Vertrag vom 17. Oktober 1927. Gütertrennung. 29. 12. 1927.

W. 233. Karlsruhe. Güterrechtsregister. Eingetragen am 28. Dezember 1927. Hef. Mag. Viehhändler in Durlach, und Elfa geb. Landauer. Vertrag vom 7. De-

König vom Schlaraffenland } Herz
Königin } Bertram
Faul } Reinath
Fisch } Brand
Fisch } Müller
Fisch } Graf
Fisch } Knebel
Fisch } Schellenberger
Fisch } Brüter
Fisch } Schulze
Fisch } Höder
Fisch } Mutterarbeit Frauenborfer
Fisch } Lante Genügum
Fisch } Riegler
Fisch } Silber
Fisch } Schneider
Fisch } Schmebler
Fisch } Lautenschläger
Fisch } Schneider
Fisch } Rädert
Fisch } Mehner
Fisch } Metens
Fisch } Ermarth
Fisch } Müller
Fisch } Geuter
Fisch } Lautenschläger

Tänze: Edith Bielefeld
Anfang 15 Ende geg. 17
I. Rang und I. Sprechst. 3 St.

Abends
*B 13 Th.-Gem. 1301—1400
Cavalleria rusticana
(Sizilianische Bauernrevue)
von Mascagni
Musikalische Leitung:
Rudolf Schwarz
In Szene gesetzt von
Otto Krauß

Santuzza von Hartung
Turiddu Estrad
Lucia Weiner
Alfio Wegtauch
Lola Seiberlich

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Täglich ab 8 Uhr
Sonn- und feiertags 4 u. 8 Uhr
REVUE
Wien
und die
Wiener